



FLÜCHTLINGSRAT SCHLESWIG-HOLSTEIN e.V.

Presseerklärung

Kiel, 21.3.2016

Geschäftsstelle:
Sophienblatt 82-86
D - 24143 Kiel
office@frsh.de
www.frsh.de

Tel: 0431-735 000
Fax: 0431-736 077

Zum Welttag gegen Rassismus am 21. März:

Nicht rassistischen Parteien nachlaufen! Humanitäre Flüchtlingspolitik bewahren!

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein erinnert am *Welttag gegen Rassismus* an die Opfer der über 1.200 von der Amadeu-Antonio-Stiftung und Pro Asyl gezählten Anschläge des Jahres 2015 auf Geflüchtete und Unterkünfte von Geflüchteten in Deutschland. Über 340 sind es bisher im Jahr 2016 schon gewesen, mehr als im gesamten Jahr 2014. Auch in Schleswig-Holstein nimmt laut BKA die Zahl der Gewalttaten gegen Flüchtlinge zu. Von Null im Jahr 2014 auf über 30 bis Ende 2015.

Heilsversprechen offen rassistischer und rechtspopulistischer Neuparteien bekommen inzwischen an Wahlergebnissen ablesbaren Zulauf auch aus dem bürgerlichen Spektrum. Die Gewaltbereitschaft steigt und zunehmend sind die Täter nicht nur dem klassischen "rechtsradikalen Spektrum" zuzurechnen. Hier treten inzwischen regelmäßig auch bisher nicht einschlägig in Erscheinung getretene "besorgte Nachbarn" als Absender von Hate-Crime oder als Attentäter auf.

Doch treffen sie nicht nur Opfer, sondern auch auf gesellschaftliche Gegenwehr. Die in Städten und Gemeinden engagierte bürgerschaftliche Flüchtlingshilfe ist ein Förderprogramm interkultureller Gemeinwesen und eine nachhaltige Antigewaltstrategie gleichermaßen. Wo eine lebendige und starke nachbarschaftliche Struktur ehrenamtlicher Flüchtlingssolidarität besteht, halten sich rechtsextreme und oder rassistische Akteure eher zurück. Diesen gesellschaftlichen konfliktpräventiven Kräften könnte die Politik bisweilen mehr Referenz erweisen.

Doch bei ehrenamtlichen Initiativen wachsen indes Zweifel an einer Politik, die die flüchtlingspolitische Deutungshoheit gegenüber rechten und rassistischen Kreisen insbesondere auf dem Rücken von Schutzsuchenden zu verteidigen sucht. In den Quartieren haben von interkultureller Vielfalt Überzeugte längst die Schlichtheit rassistischer Denk- und Argumentationsmuster kennen- und damit umzugehen gelernt. Gleichzeitig sind viele vor Ort Engagierte der Überzeugung, dass mit Symbolpolitik, die sich aus immer neuen restriktiven Rechtslagen speist, der schäbige Wettlauf um die Gunst der rassistischen und menschenverachtenden Teile unter den Wählerinnen und Wählern nicht gewinnen lässt.

„*Gesetze sind nicht auf Pergament geschrieben, sondern auf empfindlicher Menschenhaut.*“ Dieser Fritz Bauer zugeschriebene Satz beschreibt ganz gut, was viele in Schleswig-Holstein gegen Rassismus und für Schutzsuchende Engagierte derzeit umtreibt. Die Teile der politischen Klasse, die eingedenk gelaufener oder anstehender Wahlen gegenüber dem

Souverän damit punkten wollen, die Eindämmung der Flüchtlingszuwanderung mittels im Kern inhumaner Gesetze zu erreichen, genießt bei der demokratisch gesinnten Bevölkerungsmehrheit wohl kaum Glaubwürdigkeit.

Gegenüber politischen Propagandisten, denen es gelingt mit Vorschlägen wie Mauerbau, Minenfeldern und Schießbefehlen auf Flüchtlinge AnhängerInnen zu rekrutieren, sind demokratische und verfassungstreue Politikerinnen und Politiker ohnehin im Hintertreffen.

Als Ministerpräsident Torsten Albig, wohl mit Blick auf das Abschneiden der AFD bei den jüngsten Landtagswahlen, dazu aufrief, nicht den Rechtspopulisten und Rassisten hinterher zu laufen, konnte er sich der Zustimmung des Flüchtlingsrates und der im Bundesland engagierten Flüchtlingsinitiativen sicher sein.

„Um gegenüber den von Ressentiments getriebenen politischen Kräften und ihren Bodentruppen Profil zu gewinnen, sollten die demokratischen Parteien konsequent für einen nicht dem erstbesten Kalkül geopfertem Humanismus eintreten“, wünscht sich Martin Link, Geschäftsführer beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein. Der Flüchtlingsrat appelliere an die demokratischen Parteien und die Landesregierung, sich im politischen Diskurs und bei der bürokratischen Praxis unmissverständlich für den Bestand der Grund-, Asyl- und Menschenrechte und hörbar gegen Ausgrenzung und Verunsicherung von Geflüchteten stark zu machen.

Aktuelle Initiativen des Bundes sind da allerdings wenig hilfreich. Denn weder die zuletzt von der Bundesregierung gepackten Gesetze zur nur partiellen Asylchancenvergabe und zu mehr Abschiebungen, noch die Entscheidung, zahlreiche Fluchtherkunftsländer pauschal als sicher zu erklären, und schon gar nicht die erbärmliche EU-türkische Verabredung zum Menschenhandel, mit dem von der Türkei die selektive Flüchtlingsabwehr gegen Geld und Visafreiheit erkaufte worden ist, künden von einer humanitär ambitionierten Flüchtlings- und Einwanderungspolitik.

So verbleibt es beim Bundesland Schleswig-Holstein und bei seiner politischen Klasse im Rahmen ihrer Möglichkeiten eine eigene und bessere Politik zu gestalten. Der im Parteienkonsens stattgefundene schleswig-holsteinische Flüchtlingspakt¹ aus vom Mai 2015 hat dafür eine gute Losung ausgegeben: *„Lassen Sie uns mit aller Kraft gegen diejenigen anreden, die eine Angst vor Überfremdung schüren wollen. ... Wir wollen möglichst viele Menschen auf dem Weg zur integrationsorientierten Aufnahme von Flüchtlingen mitnehmen. Wir werden uns aber jeder Form von Menschenfeindlichkeit entgegenstellen und keinen Platz für Rassismus und Diskriminierung lassen.“*

gez. Martin Link

¹ Flüchtlingspakt vom 6.5.2015: http://www.frsh.de/fileadmin/pdf/presseerklaerungen/2015/fluechtlingspakt-SH_20150506.pdf